

LINKE
für eine
Welt ohne
Prostitution



Aufruf: Für eine neue Prostitutionspolitik der LINKEN!

Deutschland ist zum Bordell Europas geworden. Während Nachbarländer daran arbeiten, Prostitution und Menschenhandel einzudämmen, sind bei uns die Möglichkeiten für die Profiteure grenzenlos. Den Löwenanteil der Erträge streichen Bordellbetreiber, Zuhälter und Menschenhändler ein.

Die Hoffnungen auf eine „saubere“ Prostitution mit sozialversicherungs-pflichtigen Arbeitsplätzen und gewerkschaftlich organisierten Prostituierten, mit denen die neoliberale Prostitutionsreform 2002 verkauft wurde, sind endgültig verfliegen. Die Prostitution ist und bleibt eine Institution brutaler Ausbeutung.

Patriarchale Herrschaft beinhaltet von alters her die Verfügung von Männern über die Körper der Frauen. Die Prostitution ist eine Art letzte Bastion. Nur im Bordell können Männer noch ungestraft ein einseitiges „Recht auf Sex“ einfordern und willkürlich über Frauenkörper verfügen. Die Institution der Prostitution ist mit der Menschenwürde (GG Art. 1) unvereinbar.

Wir, Mitglieder, FunktionsträgerInnen und Gliederungen der LINKEN, betrachten Prostitution als Ausdruck patriarchalischer Gewalt- und Herrschaftsverhältnisse, die wir überwinden wollen. Wir wollen in einer Welt ohne Prostitution leben!

In der Präambel zum Programm der LINKEN heißt es: „Wir halten an dem Menschheitstraum fest, dass eine bessere Welt möglich ist. (...) Wir kämpfen für eine Gesellschaft, in der kein Kind in Armut aufwachsen muss, in der alle Menschen selbstbestimmt in Frieden, Würde und sozialer Sicherheit leben und die gesellschaftlichen Verhältnisse demokratisch gestalten können.“ In einem so verstandenen demokratischen Sozialismus kann es keine Prostitution geben.

DIE LINKE braucht eine Prostitutionspolitik, die ihrem Streben nach Gleichberechtigung der Frauen, sexueller Selbstbestimmung und sozialer Gerechtigkeit angemessen ist. Wir fordern deshalb, dass DIE LINKE sich unmissverständlich die Überwindung der Prostitution zum Ziel macht!

Es gilt, die Prostituierten zu schützen und individuell zu unterstützen, andererseits den Prostitutionsmarkt einzuschränken und die Profitmöglichkeiten zu reduzieren. Wichtig ist, den akzeptierenden Ansatz gegenüber den betroffenen Menschen mit einer kritischen Haltung zur Prostitution an sich zu verbinden.

„Die meisten unserer Mitgliedsparteien in der Europäischen Linken sind vom nordischen Modell inspiriert. Ich begrüße, dass die Diskussion darüber nun auch in Deutschland Fahrt aufnimmt.“

Heinz Bierbaum, Präsident der Europäischen Linken (EL) und Erstunterzeichner des Aufrufs

LINKE
für eine
Welt ohne
Prostitution



Forderungen der LINKEN an den Gesetzgeber müssen werden:

- **Keine Kriminalisierung und Ausbeutung von Prostituierten:** Keine Bußgelder, keine Zwangsmaßnahmen gegen Prostituierte. Kommunale Sexsteuern gehören abgeschafft.
- **Verbot von Bordellen und Zuhälterei:** Jeglicher Profit durch die Prostitution anderer ist zu kriminalisieren. Menschenhandel ist konsequent zu ahnden.
- **Sexkaufverbot nach schwedischem Beispiel:** Freier üben sexualisierte Gewalt aus. Dagegen sind Bußgelder und im Wiederholungsfall Gefängnisstrafen einzuführen.
- **Bessere Hilfs- und Ausstiegsangebote:**
 - Kostenlose, freiwillige Gesundheits- und Rechtsberatungen durch die Gesundheitsämter und auf Wunsch kostenlose ärztliche Untersuchungen, auch ohne Pass oder Krankenversicherung
 - Bezahlbare Krankenversicherungstarife (ohne Aufschlag für die Tätigkeit in der Prostitution)
 - Unterstützung beim (Wieder-)Einstieg in den Arbeitsmarkt (Weiterbildungen/ Nachholen eines Schulabschlusses/Ausbildungsabschlusses oder andere individuell zugeschnittene Angebote)
 - Vorhalten von Schutzwohnungen und wenn nötig Öffnung der Frauenhäuser für den betroffenen Personenkreis
 - Sicherstellung des Zugangs zu traumapsychologischen Angeboten und zu Sprachkursen
 - Langfristige Bleibeperspektive für alle Betroffenen unabhängig von Aussagebereitschaft in Gerichtsverfahren; keine Abschiebungen
- **Schulung öffentlich Beschäftigter:** Alle, die mit Prostitution zu tun haben (z.B. Polizei, Gesundheitsamt, Finanzamt) brauchen Fortbildungen über die Lebensbedingungen der Menschen in der Prostitution, über Menschenhandel und Trauma. Kommunen brauchen geschulte SprachmittlerInnen. MitarbeiterInnen, die mit Betroffenen in Kontakt kommen, sollten über soziale Kompetenzen verfügen, um Schikanen gegen Prostituierte auszuschließen.
- **Öffentliche Informationskampagnen und Aufklärung in Schulen:** Es muss über Ursachen und Folgen der Prostitution aufgeklärt werden, um die Nachfrage nach Prostitution einzudämmen.

Wir fordern von den Parteigliederungen und MandatsträgerInnen in Kommunalparlamenten, Land- und Bundestagsfraktionen die fraktionsübergreifende Empfehlung des Europäischen Parlamentes und die Empfehlung des Europarates zugunsten des so genannten Nordischen Modells endlich ernst zu nehmen und in die Programmatik zu übernehmen.

Wir bitten alle LINKEN, die diese Auffassung teilen, den Aufruf zu unterzeichnen und in ihren Orts- und Kreisverbänden Informationsveranstaltungen zu organisieren, mit dem Ziel eine Unterstützung dieses Aufrufs zu beantragen.

Aufruf unterzeichnen auf: www.linke-gegen-prostitution.de